

THEMA DES MONATS

SOZIALE BRENNPUNKTE ENTSCHÄRFEN

CDU legt ganzes Maßnahmenbündel vor – Landesregierung bleibt konzept- und tatenlos

Das Kottbusser Tor in Berlin, Duisburg-Marxloh oder die berüchtigten Pariser Banlieues: Geht es um soziale Brennpunkte, stehen Niedersachsens Problemviertel vergleichsweise selten im Fokus. Und doch gibt es sie, die Stadtteile, in denen Arbeitslosen- und Ausländerquote hoch, die Mieten entsprechend niedrig und die Aussichten auf Besserung gering sind. In den vergangenen Wochen hat das Thema die niedersächsische Öffentlichkeit gleich mehrfach in ganz unterschiedlichen Facetten beschäftigt:

Hannover, Mühlenberg: Ein Ausländeranteil von mehr als 50 Prozent und eine Hartz-IV-Quote, die so hoch ist, wie nirgendwo sonst in der Landeshauptstadt: Der Mühlenberg ist Hannovers ärmster Stadtteil. Vor allem die kleinsten Bewohner leiden darunter. In einer Kita im Viertel müssen Kinder und Erzieherinnen fürchten, von Müll und sogar Möbelstücken getroffen zu werden, die achtlos von den Balkonen der anliegenden Wohnungen geworfen werden. In einigen Schulen des Stadtteils herrscht, so sagen es hannoversche Bildungsexperten, „pädagogischer Notstand“: kein Ganztagsangebot, zu wenig Personal und kaum Kapazitäten für die dringend notwendige Sprachförderung.

Delmenhorst, Wollepark: Als soziales Wohnungsbauprojekt entstanden, verkam der Delmenhorster Wollepark in den 90er-Jahren zum sozialen Brennpunkt. Heute leben rund 350 Menschen in der völlig heruntergekommenen Wohnanlage. Die Eigentumsverhältnisse sind unübersichtlich, manche Eigentümer beuten die Mieter aus. Die Folge: Durch das Unterschlagen von Nebenkostenzahlungen haben sich bei den Stadtwerken rund 200.000 Euro Schulden angehäuft. Die Bewohner der Wohnblocks müssen deshalb seit Wochen ohne Gas und zum Teil auch ohne Wasser auskommen.

Salzgitter: In kaum einer anderen Stadt in Deutschland leben proportional zur Einwohnerzahl so viele syrische Flüchtlinge wie in Salzgitter – inzwischen sind es rund 3300. Insgesamt wohnen aktuell 5000 anerkannte Asylbewerber in der 100.000-Einwohner-Stadt. Für Oberbürgermeister Klingebiel sind damit die Aufnahme- und Integrationskapazitäten Salzgitters nahezu erschöpft. In einem Brandbrief an die Landesregierung fordert er Zugzugsbeschränkungen sowie Wohnsitzauflagen für anerkannte Asylbewerber.